



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 20, No. 2/2005

**abgeschlossen am
28. Februar 2005**

	<u>Seite</u>
1. Haushaltsentwurf 2006 von Präsident Bush eingebracht	1
2. Präsident drängt auf Reform der Bundesrentenversicherung	3
3. Congress verabschiedet Einschränkung von Gruppenklagen	6
4. Ergänzungshaushalt für das Pentagon vorgelegt	6
5. Streit über Medikamentenzusatzversicherung flammt wieder auf	7
6. Minister für <i>Homeland Security</i> bestätigt	8
7. Präsident drängt auf Verlängerung des <i>Patriot Act</i>	9

2/2005

1. Haushaltsentwurf 2006 von Präsident Bush eingebracht

Präsident Bush hat dem Congress am 7. Februar 2005 seinen Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2006 vorgelegt. Es beginnt rechnungstechnisch am 1. Oktober 2005 und endet am 30. September 2006.

Der Haushaltsentwurf Bushs

- sieht Gesamtausgaben von 2,548 Billionen USD vor und geht von einem Defizit von 390 Mio. USD aus.

Damit würde das Haushaltsdefizit 37 Mrd. USD unter der geschätzten Summe von 427 Mrd. USD des laufenden Haushaltsjahres 2005 liegen. Für die Jahre 2007 bis 2010 strebt der Präsident eine Halbierung des Defizits im US-amerikanischen Bundeshalt an, das nach Berechnungen des *Office of Management und Budget* (OMB) bis zum Jahr 2010 schrittweise auf 207 Mrd. USD zurückgeführt werden soll.

Den Haushaltsprognosen liegen Berechnungen des OMB zu Grunde, die für das Haushaltsjahr 2006 von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3,5 Prozent und einer Inflationsrate von 2,5 Prozent bei einer angenommenen Arbeitslosenrate von 5,2 Prozent ausgehen.

Für die darauf folgenden Jahre 2007 bis 2010 geht das OMB derzeit von einem jährlichen Wachstum von 3 Prozent und einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2,4 Prozent sowie einer Arbeitslosenrate von 5,1 Prozent aus. Sollte das Bruttoinlandsprodukt allerdings zwischen 2006 und 2010 jährlich 1 Prozent weniger stark wachsen als angenommen, rechnet das OMB in diesem Zeitraum mit einem zusätzlichen Defizit von 529 Mrd. USD im US-Bundshaushalt.

Präsident Bush hält es aus Gründen der Haushaltskonsolidierung für unverzichtbar, die Ausgabensteigerungen im Bereich des discretionary spending auf 2,1 Prozent zu beschränken. Damit ist jener Teil des Bundeshalts 2006 in Höhe von 921,7 Mrd. USD gemeint, über den der Congress ohne vorherige gesetzliche Festlegungen uneingeschränkt entscheiden kann.

Hier sollen für verteidigungsrelevante Ausgaben (*defense discretionary spending*) 421 Mrd. USD vom Congress bewilligt werden, was einer Ausgabensteigerung von 4,7 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr 2005 entsprechen würde. Für nichtverteidigungsrelevante Aufgaben (*non-defense discretionary spending*) sollen nach den Vorstellungen des Präsidenten 477,4 Mrd. USD bewilligt werden, was die Ausgaben in diesem Bereich faktisch auf der Höhe des Vorjahres einfrieren würde.

Im Bereich des mandatory spending, also jenen Ausgaben, die der Entscheidungsfreiheit des Congress über bereits erfolgte gesetzliche Festlegungen (*entitlements*) weitestgehend entzogen sind, sieht der Haushaltsentwurf des Präsidenten Ausgaben in Höhe von 1,621 Billionen USD vor. Dazu zählen neben den Aufwendungen für die

Schuldenbedienung (211 Mrd. USD) die Ausgabenbereiche *Social Security* (540 Mrd. USD), *Medicare* (340 Mrd. USD) und *Medicaid* (193 Mrd. USD).

Zu den Gewinnern im Haushaltsentwurf 2006 des Präsidenten gehört neben dem Bereich Verteidigung (plus 4,7 Prozent) die Auslandshilfe, für die 12,6 Prozent mehr als im laufenden Haushaltsjahr bereit gestellt werden sollen. Neben dem *Peace Corps* soll vor allem die *Global HIV Initiative* und die sogenannte *Millenium Challenge Corporation* mit mehr Mitteln ausgestattet werden als im Vorjahr. Im Bereich der Militärhilfe werden Israel mit 2,2 Mrd. und Ägypten mit 1,3 Mrd. USD traditionell die größte Unterstützung erhalten.

Zu den Verlierern im Haushaltsplan des Präsidenten gehören das *Department of Housing and Urban Development* (minus 14 Prozent), die *Environmental Protection Agency* (minus 7 Prozent) und das *Department of Education* (minus 4 Prozent).

Die von Bush verfolgte Prioritätensetzung stößt bei den oppositionellen Demokraten auf heftige Kritik. Kent Conrad (N.-D.), der führende Demokrat im *Senate Budget Committee* hat von einer „camouflage“ gesprochen, die „die wahre Finanzsituation unseres Landes“ verdeckt. Sein Fraktionskollege Edward M. Kennedy (Mass.) verlangte die Ablehnung der Budgetvorlage für das *Department of Education*, die Kürzungen von 4,8 Mrd. USD vorsieht, was die Eliminierung von nicht weniger als 48 Einzelprogrammen bedeuten würde.

Auch aus den Reihen der Republikaner kommen kritische Stimmen. „Dieser Haushaltsentwurf“, so der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Senat, Judd Gregg (R-N.H.), „wird unter meinen Kollegen erhebliche ‚Angst‘ auslösen“. Seine Fraktionskollegin Olympia J. Snowe (R-Maine) ging noch einen Schritt weiter und sprach davon, dass die Haushaltsvorstellungen des Präsidenten „nicht realistisch“ sind. Sie kündigte entsprechende Korrekturmaßnahmen im Haushaltsbewilligungsprozess an.

In den USA verläuft der Haushaltsprozess dreistufig. Zunächst sind beide Kammern aufgefordert bis zum 15. April des jeweiligen Jahres eine Budget-Resolution zu verabschieden. Mit ihr wird der grobe Finanzrahmen für die Arbeit des Congress festgelegt. Der entscheidet dann sowohl der Sache nach („Authorization Process“) als auch der Höhe nach („Appropriations Process“) über die Budgetanforderungen des Präsidenten.

Im Budgetprozess 2006 dürfte es zu massiven Auseinandersetzungen über die Fraktionsgrenzen hinweg kommen, weil sich die Demokraten einerseits gegen die geplanten Kürzungen von Erziehungs- und Umweltprogrammen stark machen werden. Andererseits dürften fiskalkonservative Republikaner auf eine stärkere Ausgabendisziplin gegenüber dem Weißen Haus drängen. Inwieweit diese Interessenlage Rückwirkungen auf die geplanten Ausgabenerhöhungen im Bereich *Defense* und *Homeland Security* haben, bleibt abzuwarten. Einen ersten Anhaltspunkt dürfte die Bewilligung des Ergänzungshaushalts für die militärischen Operationen im Irak und in Afghanistan liefern, den Bush dem Congress Mitte Februar 2005 unterbreitet hat (vgl. Punkt 4).

2. Präsident drängt auf Reform der Bundesrentenversicherung

Präsident Bush hat in seiner Ansprache zur Lage der Nation (*State of the Union Address*) vor dem Congress am 2. Februar 2005 eine groß angelegte Kampagne zur Reform der Bundesrentenversicherung OASDI (*Old Age, Dependents, and Disability Insurance*) angekündigt.

Das bereits in den Wahlkämpfen 2000 und 2004 diskutierte Reformprojekt (vgl. CR 9/2004, S. 9) zielt im Kern darauf ab, die Finanzierung der Bundesversicherung durch die Einführung individueller Beitragskonten (*Personal Savings Accounts*) langfristig zu stärken.

Nach aktuellen Prognosen des OASDI Trust Fund (des Treuhandfonds der Bundesrentenversicherung) kann das System unter den geltenden Bedingungen ab 2018 die Ausgaben nicht mehr durch die laufenden Einnahmen decken.

Schätzungsweise ab dem Jahr 2042 sollen auch die Finanzreserven der Versicherung endgültig erschöpft sein. Damit droht, so der Präsident, der totale „Bankrott“ der *Old Age, Dependents, and Disability Insurance*.

Bush fordert eine umfassende Reform, um das zu verhindern. Allerdings hat die Administration bisher weder einen Gesetzentwurf noch ein detailliertes Konzept vorgelegt.

Anfang Februar 2005 veröffentlichte das Weiße Haus jedoch ein Memorandum (siehe unter <http://www.whitehouse.gov>), das an die Empfehlungen der Rentenkommission von 2001 (vgl. CR 12/2001, S. 8) anknüpft und die Vorstellungen der Administration in groben Zügen skizziert.

Das Memorandum sieht vor, dass

- die Versicherten auf freiwilliger Basis bis zu vier Prozentpunkte ihrer Rentenbeiträge (derzeit 12,4 Prozent bis zu einem Jahreseinkommen von 90.000 USD) in *Personal Savings Accounts* umleiten können,

Die sollen nach dem Modell des *Thrift Savings Plan* (TSP) für Bundesbedienstete unter staatlicher Kontrolle in risikoarme und kostengünstige Wertpapier- und Aktienfonds investiert werden können, um dann mit dem Erreichen der Altersgrenze in Lebenszeitrenten umgewandelt zu werden.

Das neue System soll für Beitragszahler unter 55 Jahren schrittweise eingeführt werden. Ältere Arbeitnehmer werden davon nicht berührt. Für sie will Bush eine Bestandgarantie über die versprochenen Leistungen durchsetzen.

Die Kritiker vor allem auf Seiten der oppositionellen Demokraten sehen in Bushs Reformvorstoß einen massiven Angriff auf das Herz des US-amerikanischen Sozialstaats und lehnen jegliche Form der „Privatisierung“ der Alterssicherung ab.

Sie wenden insbesondere ein, dass Bushs Initiative

- ein für einzelne Versicherte nicht tragbares Risikoelement in das System einführt;
- Bevölkerungsgruppen mit geringeren Einkommen, vor allem aber Frauen, benachteiligt;
- keinen Beitrag zur Schließung der vorausgesagten Finanzierungslücke leistet;
- durch die Umleitung von Beiträgen in *Personal Savings Accounts* die Finanzlage noch verschlechtert und damit
- einen weiteren dramatischen Anstieg der Bundesverschuldung zur Folge haben würde.

Darüber hinaus bestreitet die Mehrheit der Demokraten das von Bush propagierte Krisenszenario. Die von der Administration zitierte Deckungslücke von ca. 10 Billionen USD bis 2080 entspreche einer jährlichen Belastung von knapp einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Bei weniger pessimistischen Annahmen zum Wirtschaftswachstum würde sich die Belastung noch deutlich verringern. Dies rechtfertige nicht, das erfolgreichste Bundessozialprogramm der USA zu demontieren.

Die demokratischen Parteispitzen im Congress zeigen sich zuversichtlich, dass ihre Fraktionen das Reformkonzept weitgehend geschlossen ablehnen.

Das hieße im Senat, dass den Republikaner die für die Durchsetzung des Endes der Debatte gegen ein *filibuster* notwendige qualifizierte Mehrheit von 60 Stimmen (*cloture*) fehlt.

Nur wenige demokratische Mitglieder des Congress wie Senator Bill Nelson (Fla.) haben sich noch nicht auf eine Ablehnung festgelegt. Doch auch sie setzen schon jetzt die Messlatte für eine eventuelle Zustimmung sehr hoch an.

Auf der Seite der Republikaner blieb das Echo auf die Vorschläge der Administration bisher zurückhaltend.

Eine Reihe von Republikanern vom linken Flügel der Partei wie die Senatoren Olympia J. Snowe (Maine) und Lincoln D. Chafee (R.I.) stehen der Einführung von *Personal Savings Accounts* ablehnend gegenüber. Andere wie Arlen Specter (Pa.) halten sich angesichts noch fehlender Details bedeckt.

Die konservativen Mehrheit der republikanischen Fraktionen setzen darauf, dass es Bush mit seiner Kampagne gelingt, die öffentliche Zustimmung und den Erwartungsdruck auf den Congress zu steigern. Nur unter dieser Voraussetzung sind sie bereit, die Gesetzgebung weiter vorantreiben.

Allerdings sorgt die zu erwartende zusätzliche Bundesverschuldung unter konservativen Republikanern für einiges Unbehagen. Senator Lindsay Graham (R-S.C.), der eine eigene Gesetzesvorlage eingebracht hat, warnte die Administration öffentlich vor einer reinen Schuldenfinanzierung der Reform.

Steuererhöhungen als Teil eines möglichen Kompromisses mit den Demokraten würden die Unterstützung von konservativer Seite ernstlich in Frage stellen. Eine Äußerung Bushs, die seine Bereitschaft zur Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze signalisierte und als Kooperationsangebot an die Demokraten interpretiert werden kann, provozierte heftige Reaktionen von Seiten der republikanischen Parteiführung im Repräsentantenhaus.

Speaker J. Dennis Hastert (Ill.) und Majority Leader Tom DeLay (Tx.) wiesen Steuererhöhungen zur Finanzierung kategorisch zurück und warnten vor zu weit gehenden Zugeständnissen an die Reformgegner.

In dem Bemühen, über den Umweg der öffentlichen Meinung den Reformelan im Congress zu stärken, kann Präsident Bush vorläufig nur marginale Erfolge verbuchen. Bemerkenswert ist vor allem, dass die Öffentlichkeit Bushs Krisenszenario nicht teilt, auch wenn ein erheblicher Reformbedarf wahrgenommen wird.

Umfragen zeigen, dass erhebliche Teile der Wählerschaft dem Vorschlag zur Einführung individueller Spar- und Investitionskonten zumindest aufgeschlossen gegenüber stehen. Vor allem jüngere Wähler halten sie für ein attraktives Angebot, während ältere Wähler sie eher mit Skepsis betrachten. Auf breite Ablehnung stoßen dagegen Leistungskürzungen ebenso wie Erhöhungen der Beitragssätze oder Anhebungen der Altersgrenzen.

Unterstützung finden Bush und die republikanischen Fraktionen unter Lobbyverbänden von Unternehmen und der Partei nahe stehenden Interessengruppen, die Bushs Bemühungen mit millionenschweren Anzeigenkampagnen flankieren wollen.

Doch auch die Demokraten können auf die Hilfe einflussreicher gesellschaftlicher Gruppen setzen. Die Gewerkschaften wie der mitgliederstarke Seniorenverband AARP (*American Association of Retired Persons*) wollen ebenfalls Gelder in Millionenhöhe für Gegenanzeigen mobilisieren.

Angesichts der bereits jetzt verhärteten Fronten scheinen die Hürden für eine Reform sehr hoch. An einer Alternativstrategie, die statt einer umfassenden Strukturreform auf kleiner dimensionierte Anpassungen setzt, zeigt die Administration vorerst kein Interesse.

3. Congress verabschiedet Einschränkung von Gruppenklagen

Das Repräsentantenhaus hat am 17. Februar 2005 mit der breiten Mehrheit von 279 gegen 149 Stimmen ein Gesetz verabschiedet, das Gruppenklagen (class action lawsuits) gegen Unternehmen an Bundesgerichte verweist.

Der Senat hat die Gesetzesvorlage bereits eine Woche zuvor mit 72 gegen 26 Stimmen angenommen. Präsident Bush begrüßte die Verabschiedung des Gesetzes und unterzeichnete es umgehend.

Die technische Änderung des Verfahrens zur Einreichung von Sammelklagen, die Geschädigte aus unterschiedlichen Einzelstaaten mit teilweise widersprüchlichen Konsumentenschutzgesetzen repräsentieren, wird als Sieg einer unternehmensfreundlichen Politik gewertet.

Sammelklagen gegen Unternehmen erlauben es den Anwälten der Betroffenen in vielen Fällen, den Gerichtsbezirk auszuwählen, der die größten Erfolgchancen bietet. Dagegen lehnen es Bundesgerichte vergleichsweise häufig ab, solche Klagen anzunehmen.

Kritiker aus den Reihen der Demokraten wie Vertreter von Konsumenteninteressen charakterisierten die Entscheidung aus diesem Grund als Niederlage für den Verbraucherschutz.

Befürworter des Gesetzes hielten dagegen, Bundesgerichte würden eher die Interessen der Verbraucher gegenüber den Anwälten zum Zuge kommen lassen und beispielsweise Urteile, die hohe Anwaltshonorare mit geringwertigen Gutschein-Zahlungen an die Geschädigten kombinierten, seltener zulassen.

Der wichtigste Aspekt der Durchsetzung der Verfahrensänderung wird allerdings von Kritikern wie den Befürwortern in dem Testcharakter der Entscheidung gesehen.

Präsident Bush unterstützt republikanische Gesetzesvorlagen zur Beschränkung der Produkthaftung von Unternehmen und Entschädigungsleistungen an Patienten bei medizinischen Behandlungsfehlern (vgl. CR 7-8/2003, S 6). Die Republikaner hoffen hier die mit der Einschränkung von Gruppenklagen entstandene politische Dynamik entsprechend nutzen zu können.

4. Ergänzungshaushalt für das Pentagon vorgelegt

Präsident Bush hat dem Congress am 14. Februar 2005 einen Ergänzungshaushalt in Höhe von 81 Mrd. USD vorgelegt, der im Wesentlichen für die militärischen Operationen im Irak und in Afghanistan eingesetzt werden soll.

Im Einzelnen sieht der Ergänzungshaushalt u.a. vor:

- 36,3 Mrd. USD für die US-Militäroperationen im Irak und Afghanistan;
- 14 Mrd. USD zum Ersatz militärischen Geräts der Armee und der Marines;
- 5,7 Mrd. USD zum Aufbau irakischer Sicherheitskräfte und
- 1,3 Mrd. USD für den Aufbau des afghanischen Militärs.

Ebenfalls enthalten sind Mittel für den Wiederaufbau Afghanistans und des Irak in Höhe von 3,4 Mrd. USD sowie für *Peacekeeping*-Operationen im Sudan, in Haiti und im Kongo, für die 780 Mio. USD bereitgestellt werden sollen. Für die Opfer des Seebebens in Südasien verlangt Präsident Bush die Bewilligung von 950 Mio. USD durch den Congress.

Insbesondere die insgesamt 75 Mrd. USD für die Militäroperationen im Irak und in Afghanistan bergen politischen Zündstoff. Zum einen würde sich die Mittelbewilligung für die Kriege in Afghanistan und im Irak auf insgesamt 266 Mrd. USD erhöhen, ohne dass von einem wirklichen Frieden in beiden Ländern gesprochen werden kann. Zum anderen möchte Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld über die Mittel zum Aufbau nationaler irakischer und afghanischer Sicherheitskräfte in Höhe von insgesamt 7 Mrd. USD nach Maßgabe der Notwendigkeiten, d.h. ohne detaillierte Verwendungsbindung verfügen können.

Bisher ist der Congress den finanziellen Forderungen der Administration für den Irak und für Afghanistan ohne Wenn und Aber nachgekommen. Der Congress bewilligte diesbezügliche Ergänzungshaushalte in Höhe von 78,5 Mrd. USD im April 2003, in Höhe von 87,5 Mrd. USD im November 2003 und in Höhe von 25 Mrd. USD im August 2004. Zwischenzeitlich monieren aber nicht nur die Demokraten, sondern auch fiskalkonservative Republikaner in beiden Kammern, dass mit dieser Praxis der übliche Budgetbewilligungsprozess von der Administration umgangen wird.

5. Streit über Medikamenten-Zusatzversicherung flammt wieder auf

Nach der Vorlage neuer Kostenschätzungen für die Medikamenten-Zusatzversicherung unter Medicare Anfang Februar 2005 ist der Streit zwischen den Parteien um den Ausbau der Bundeskrankenversicherung für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke wieder aufgeflammt.

Der Congress hatte auf Initiative Präsident Bushs Ende 2003 die Medikamenten-Zusatzversicherung nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und

Republikanern über den Zuschnitt und über die Kosten des Programms verabschiedet (vgl. CR 12/2003, S. 1).

Entscheidend für die Annahme der Reform war vor allem im Repräsentantenhaus, das der Gesetzesvorlage nur mit knapper Mehrheit zustimmte, die Zusage der Administration, die Ausgaben würden in den nächsten 10 Jahren einen Kostenrahmen von 400 Mrd. USD nicht überschreiten.

Bereits Anfang 2004 hatte das Bekanntwerden von deutlich höheren Kostenschätzungen, welche die Administration der Legislative während der laufenden Beratungen vorenthalten hatte, einen Eklat ausgelöst (vgl. CR 3/2003, S. 6).

Richard S. Foster, der zuständige Abteilungsleiter der *Medicare*-Behörde, hatte erklärt, der damalige Direktor des *Medicare*-Programms, Thomas A. Scully habe ihm verboten, Congress-Mitglieder über interne Ausgabenprognosen in Höhe von ca. 530 Mrd. USD zu informieren.

Die im Zuge der Budgetberatungen 2005 von der Administration vorgelegten Planzahlen setzen die Ausgaben für die Medikamenten-Zusatzversicherung in den kommenden 10 Jahren nun mit ca. 720 Mrd. USD an.

Vertreter der Demokratischen Partei sehen in den erhöhten Kostenschätzungen einen weiteren Beleg dafür, dass die Administration ihr Konzept unter Vorspiegelung falscher Tatsachen im Congress durchgesetzt hat. Sie fordern die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Hintergründe. Allerdings hat dieser Vorstoss gegenwärtig geringe Erfolgsaussichten.

Obwohl die republikanischen Mitglieder des Congress die Administration gegen die Attacken der Opposition in Schutz nehmen, regt sich auch unter Konservativen Kritik. Senator Judd Gregg (R-N.H.), der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, mahnte die Einhaltung der zugesagten Kostenobergrenzen an und stellte gegebenenfalls eine Gesetzeskorrektur in Aussicht.

Präsident Bush zeigte sich von der Kritik unbeeindruckt. Bush erklärte, er stehe weiterhin zu dieser überaus wichtigen Reform, weil sie die Medikamentenversorgung für Senioren sichere, und drohte gegen eventuelle Kürzungen des Programms sein Veto einzulegen.

6. Minister für *Homeland Security* bestätigt

Der Senat hat am 15. Februar 2005 die Nominierung von Michael Chertoff als Chef des *Department of Homeland Security* einstimmig bestätigt. Chertoff, der sich zuvor einen Namen als Bundesrichter und Staatssekretär im Justizministerium gemacht hat,

tritt die Nachfolge von Tom Ridge an, der das 2002 geschaffene Ministerium zwei Jahre lang geleitet hatte.

Vordringlichste Aufgabe des neuen Ministers für innere Sicherheit wird die weitere organisatorische Integration jener 22 Bundesbehörden sein, die unter dem Dach des Ministeriums seit dem *Homeland Security Act* 2002 (vgl. CR 11/2002, S. 4) angesiedelt sind.

Kritiker bemängeln die Sicherheitslücken, die es gut zwei Jahre nach der Schaffung des neuen Ministeriums immer noch im Heimatschutz gegen terroristische Bedrohungen gibt. Sie verweisen auf ungelöste Probleme bei der Sicherung von chemischen Großanlagen, im Grenzschutz, im Eisenbahnverkehr sowie in der Sicherung der amerikanischen Häfen.

7. Bush verlangt Verlängerung des *Patriot Act*

Präsident Bush hat Mitte Februar 2005 den Congress erneut dazu aufgerufen, die Ende des Jahres 2005 auslaufenden Bestimmungen des Sicherheitsgesetzes *USA Patriot Act* zu verlängern (vgl. CR 1/2005, S. 6).

Im Rahmen der Zeremonie zur Vereidigung des neuen Justizministers, *Attorney General* Alberto Gonzales, mahnte Bush, in den Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus nicht nachzulassen.

Der *Patriot Act* wurde 2001 vom Congress unter dem Eindruck der verheerenden Terroranschläge des 11. September nach nur kurzen Beratungen mit breiten Mehrheiten in beiden Kammern verabschiedet (vgl. CR 10/2001, S. 1).

Als Teil des Kompromisses zwischen Administration und Legislative begrenzte das Gesetz wesentliche Elemente der zusätzlichen Ermittlungs- und Überwachungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden zeitlich bis zum Jahresende 2005.

Liberale wie konservative Kritiker des Gesetzes wenden sich vor allem gegen die Ausweitungen unkontrollierter Sicherheitsbefugnisse wie die Einsichtnahme in private Unterlagen, über die die Betroffenen auch im Nachhinein nicht informiert werden.

Versuche, den *Patriot Act* zu beschneiden, sind im Congress am Widerstand der republikanischen Fraktionen allerdings ebenso gescheitert (vgl. CR 6-7/2004, S. 5) wie die von der Administration befürworteten Ausweitungen der Kompetenzen.

Russ Feingold (D-Wisc.), der einzige Senator, der 2001 gegen den *Patriot Act* gestimmt hatte, zeigte sich enttäuscht, dass Bush unverändert an dem Sicherheitsgesetz festhält.

Bemerkenswert scheint, dass der Präsident in seinen jüngsten Verlautbarungen einen weiteren Ausbau der Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausgeklammert hat. Dies deutet an, dass sich die Administration mit Blick auf den *Patriot Act* darauf konzentriert den *status quo* zu verteidigen.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern